



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 888 890

P/XVI/212 - 20. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Wenig Sinn für Proportionen</u> Ein Wort zum Tauziehen um die Regierungsbildung	85
3	<u>Verirrte Jugend</u> Mitteteiligt an den Bombenattentaten in Südtirol	50
4 - 5	<u>Die Sowjetunion ist gross und Moskau weit</u> Theorie und Praxis sowjetischer Nationalitäten-Politik Von Rudolf Hornig	74
6 - 7	<u>Führungswechsel in der amerikanischen</u> <u>Gewerkschaftsinternationale</u> Eine positive Entwicklung Von Paul Haupt	58

* * *
* * *

Wenig Sinn für Proportionen

Ein Wort zum Tauziehen um die Regierungsbildung

sp - Die deutsche Öffentlichkeit hat 48 Stunden nach der Wahl zur Kenntnis nehmen müssen, dass zwei Parteien ein personelles und arithmetisches Spiel um die Zusammensetzung der zukünftigen Bundesregierung zu beginnen gedenken. Es ist nicht unsere Sache, d i e s e s "Ergebnis" der Bundestagswahl vom 17. September 1961 zu analysieren; das mögen die unmittelbar Beteiligten tun.

Was uns jedoch - ebenso wie j e d e n Deutschen - angeht, ist die Tatsache, dass die an dem Tauziehen Beteiligten ganz offenbar den Sinn sowohl für die Proportionen, wie auch für die Realitäten der deutschen Situation verloren zu haben scheinen.

Der oft in den Zeitungen der Bundesrepublik zitierte amerikanische Journalist Walter L i p p m a n, von dem man sagt, er kenne wie kaum ein anderer Journalist in den USA die Pläne und Absichten der Kennedy-Regierung, schreibt dieser Tage in der "New York Herald Tribune":

- * "Bundeskanzler Dr. Adenauer hat die westliche und die west-
- * deutsche Politik auf zwei Versprechen aufgebaut, die mitein-
- * ander nicht zu vereinbaren sind. Das eine war, dass West-
- * deutschland in die NATO, den Gemeinsamen Markt und sogar in
- * die politischen Einrichtungen Westeuropas eingegliedert wer-
- * de. Das andere Versprechen war, dass Westdeutschland Ost-
- * deutschland absorbieren und sich mit ihm wiedervereinigen
- * könne."

Lippman schreibt weiter: "Seit Jahren wusste man, dass beide Versprechen nicht jetzt oder in absehbarer Zukunft erfüllt werden konnten. Aber es wäre politisches Gift für die Alliierten in Westdeutschland gewesen, über diese Wahl zwischen dem Beitritt zu Westeuropa und zu Osteuropa zu sprechen. Aber eine Wahl zwischen den beiden Adenauer-Versprechen ist nun unvermeidbar, und alle verantwortlichen und informierten Deutschen wissen das."

Nach einem sehr deutlichen Hinweis darauf, dass keine der Parteien in der Bundesrepublik in der Lage sein dürfte, die aus dem Zusammenbruch der alten hoffnungsträchtigen Klischees und Schlagworte entstehende Enttäuschung auszunutzen, meint Walter Lippman:

- * "Falls die Deutschen, nachdem sie die Tatsache der Teilung
- * anerkannt haben, ihre gegenwärtige Politik ändern, und bes-
- * sere Beziehungen zu Osteuropa suchen, dann werden sie der
- * Welt einen grossen Dienst erweisen."

Wir wissen nicht, ob Walter Lippman hier eine Perspektive zeichnet, die in Washington als zukünftige und vielleicht sogar wünschenswerte deutsche Politik angesehen wird. Wenn wir jedoch dieser Äusserung

eines viel zitierten amerikanischen Journalisten die Erklärungen anderer prominenter westlicher Politiker hinzufügen, ergeben sich für jede noch existierende oder zukünftige deutsche Bundesregierung gewichtige Fragen.

Der ehemalige langjährige NATO-Generalsekretär und jetzige belgische Aussenminister Paul Henri Spaak, erklärte nach mehrstündigen Gesprächen mit Chruschtschow, er sei "hoffnungsvoll und zuversichtlich". Seine Unterhaltung mit Chruschtschow habe zwar keine Überraschung, jedoch "einige neue Elemente" gebracht.

Der frühere französische Ministerpräsident Reynaud sagte, ebenfalls nach einer Unterhaltung mit Chruschtschow in Moskau, er glaube daran, dass "bald eine vernünftige Lösung des Berlin- und Deutschlandproblems" gefunden werden dürfte. Wer Herrn Reynaud kennt, weisse, dass er unter einer "vernünftigen Lösung des Deutschlandproblems" die Bestätigung des Status quo, also der Teilung Deutschlands, versteht.

Im Lichte dieser Äusserungen gesehen, wirkt das Spiel um die Ministersessel in Bonn gespenstisch. Anstatt nach der heissen Wahlschlacht zunächst einmal die Repräsentanten der drei demokratischen Parteien sachlich und korrekt über das zu informieren, was heute in der Welt über die Lösung des Berlin- und Deutschlandproblems gedacht und gesagt wird, anstatt auf der Grundlage einer korrekten Information, die zu geben der gegenwärtigen Bundesregierung möglich ist, eine Bilanz zu ziehen, eine Marschroute für die deutsche Politik auszuarbeiten, tut man so, als sei seit dem 13. August 1961 nichts geschehen, als gälten immer noch alte und den Realitäten der weltpolitischen Entwicklung nicht mehr angemessene Formeln.

Am Tage nach der Bundestagswahl schrieben wir:

- * "Bevor man parteipolitische Arithmetik treibt, sollten die im Bundestag vertretenen Parteien zunächst die politischen Tatbestände klären und gemeinsam untersuchen, wie eine gute deutsche Politik sein muss."

Dieser Satz ist heute noch gültig. Die in ihm enthaltene Forderung entspricht der Situation des deutschen Volkes und den politischen Realitäten in der Umwelt Deutschlands. Ganz gleich, wie das zur Zeit noch anhaltende Tauziehen zwischen FDP und CDU/CSU ausgehen mag, ganz gleich, welche anderen Möglichkeiten sich für die Regierungsbildung ergeben sollten - die Aufgabe der deutschen Politik bleibt in der sozialdemokratischen Forderung nach einem Höchstmaß von Gemeinsamkeit zur Bewältigung der vor uns stehenden Schwierigkeiten unrisen.

Zur Zeit gibt es eine Pflicht, die erfüllt werden muss: Der Chef der amtierenden Bundesregierung muss die autorisierten Vertreter der drei Parteien über die Lage Deutschlands wahrheitsgemäss unterrichten. Es wäre eine unverzeihliche Verletzung dieser Pflicht, wenn man stattdessen dem amtierenden Bundeskanzler eine "Übergangszeit" zur weiteren Verschleierung der Tatbestände gäbe.

Verirrte Jugend

sp - Die Korrespondenten deutscher Tageszeitungen haben aus Rom berichtet, dass bei der Festnahme von zwei deutschen Staatsbürgern im Zusammenhang mit den Bombenattentaten in Italien Anfang September wegen der Südtirolfrage auch Hinweise auf einen "Bund Heimattreuer Jugend" gemacht worden sind. Es ist darauf hingewiesen worden, dass sich dieser Bund in der Nachbarschaft der rechtsextrem stehenden Deutschen Gemeinschaft des Herrn Hausleitner befindet, und dass der Schwerpunkt der Jugendorganisation in Nürnberg zu suchen sei.

Inzwischen sind bereits auf diplomatischem Wege zwischen Rom und Bonn im Zusammenhang mit den Ermittlungen der italienischen Kriminalpolizei Erkenntnisse über diese weit rechts stehende Jugendorganisation ausgetauscht worden. Man weiss bisher noch nicht, ob die beiden festgenommenen Deutschen Mitglieder der Organisation waren oder ihr nahestehen. Es gibt aber bereits eine Reihe Hinweise dafür, dass man das Verbot dieser Jugendorganisation in München im Innenministerium erwägt. Nach den Erhebungen, die im ganzen Bundesgebiet vorgenommen worden sind, können vorerst einige Feststellungen über die Jugendorganisation getroffen werden.

So gibt es in Bayern mit dem Schwerpunkt Nürnberg enge Beziehungen und auch gemeinsame Veranstaltungen zwischen dem Bund Heimattreuer Jugend, dem Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes, der Gesellschaft der Schillerfreunde, der Deutschen Reichspartei, der Frei Sozialen Union und der Lindendorff-Bewegung. Es werden Sonnenwendfeiern, deutsche Abende oder Gedenkfeiern für den Schriftsteller Venetier veranstaltet. Eine besondere Rolle in diesen Kreisen nimmt ein R. H. Hiecke ein, der meinte, die deutsche Jugend sollte in ihrem "heldischen Kampf gegen jede Unterdrückung, in der Ablehnung alles Fremden in Wort und Schrift" unterstützt werden. Es müsse ein "Schutzwall um das deutsche Herz" gegen Pfaffentum, west- und südeuropäische Verwelschung und nordamerikanische Überfremdung gelegt werden."

Der "Bund Heimattreuer Jugend" mit Sitz in Nürnberg wird von dem 1933 geborenen Hans Hübner geführt, der 1957 wegen des Zeigens der Hakenkreuzfahne zu einer Geldstrafe verurteilt und später aus der Deutschen Reichspartei ausgeschlossen wurde. Hübner lehnt nach wie vor die "heutigen politischen Systeme, Formen und Parteien", ab. Die Verbindung seines Jugendbundes mit der direkten Organisation der "Deutschen Gemeinschaft" des August Hausleitner, der "Jugger Deutschen Gemeinschaft" ist eng. Kürzlich wusste "Der Trommler", die "Kampfschrift der Nationalen Jugend", zu berichten, dass die Jugendorganisation "Bund Heimattreuer Jugend", nun auch in Schleswig-Holstein gegründet worden ist und damit im ganzen Bundesgebiet besteht.

Einen weiteren Schwerpunkt besitzt die "Heimattreue Jugend" in Österreich. So forderte der "Reichsruf" der "Deutschen Reichspartei" am 24.9. 1960 die Freilassung des dortigen Vorsitzenden des "Bundes Heimattreuer Jugend", einen Konrad Windisch. Windisch wurde dann im Dezember in Wien mit vier weiteren Angehörigen des Bundes wegen Wiederbetätigung im Sinne der NSDAP zu einer Zuchthausstrafe von neun Monaten verurteilt. Die anderen erhielten drei Monate Gefängnis. Windisch war bereits wegen nationalsozialistischer Betätigung vorbestraft, gibt aber nach wie vor die als neonazistisch angesehene Jugendzeitung "Der Trommler" heraus. + + + -4-

Die Sowjetunion ist groß und Moskau weit

Von Rudolf Hornig

In dem Entwurf des neuen Parteiprogramms in der Sowjetunion, das vom XXII. Parteitag zur neuen 'Parteibibel' erklärt werden wird, findet sich folgender Satz:

"Bei den Sowjetmenschen der verschiedenen Nationalitäten haben sich gemeinsame geistige Züge herausgebildet, die aus dem neuen Typus der gesellschaftlichen Beziehungen hervorgegangen sind und die besten Traditionen der Völker der UdSSR verkörpern."

Wer will, kann aus diesem Satz herauslesen, daß sich die KP der UdSSR um ein gutes Einvernehmen zwischen den in der Sowjetunion lebenden Völkern und Nationen bemüht und sie nach deren eigener Façon ("die besten Traditionen der Völker der UdSSR") leben läßt. Daß Theorie und Praxis tatsächlich jedoch weit auseinanderklaffen, erleben die Sowjetdeutschen - es gibt ihrer mehr als eine Million - täglich am eigenen Leibe.

Reichlich spät, nämlich erst vor vier Jahren, hat sich das Moskauer Regime dazu entschlossen, beim Unterricht der deutschen Sprache das sogenannte erweiterte Programm zuzugestehen. Danach soll der Deutsch-Unterricht in den russischen Schulen bereits vom 2. Schuljahr an eingeführt werden, wenn die Eltern sowjetdeutscher Kinder es verlangen. Das erweiterte Programm spielt auch bei solchen Schulen eine Rolle, in denen Deutsch nicht als Muttersprache für sowjet-deutsche Schulkinder, sondern als Fremdsprache unterrichtet wird (was z.B. in überaus vielen Schulen in Sowjetrußland, der führenden und maßgebenden Unionsrepublik der Fall ist). In vielen Gebieten mit einem großen deutschen Bevölkerungsanteil, vor allem in West- und Mittelsibirien, kommt es deshalb zu Überschneidungen, die sich auf die Einführung des Deutsch-Unterrichts als Muttersprache und auf die Beschaffung der deutschen Schulbücher desorganisierend auswirken.

Die Sowjetunion ist groß und Moskau ist weit - auch bei der Einführung des Deutsch-Unterrichts nach dem erweiterten Programm. Das Moskauer "Neue Leben" hat es so formuliert:

"Leider gibt es mancherorts noch vom Amtschimmel befallene Leute, die sich den Anweisungen der Partei und der Regierung über die politische und kulturelle Massenarbeit in der Muttersprache und über die Einführung des erweiterten Programms nicht gerade widersetzen, doch so gut wie gar nichts tun, um sie auszuführen".

Dabei ist, wie gesagt, das erweiterte Programm bereits vier Jahre alt.

Was kann aber auch dieses erweiterte Programm nützen, wenn es keinen Lehrplan gibt, der diesem Programm angepaßt wäre? Der derzeitige Lehrplan für den Deutsch-Unterricht wurde abgefaßt und eingeführt, bevor es das erweiterte Programm gab. Als sein Schöpfer wird R. Schlottbauer genannt, dem man seit Jahren vorwirft, daß er keine Sprachwissenschaftler und Deutschlehrer zur Mitarbeit herangezogen und selbstherrlich einen Lehrplan geschaffen hätte, der den Deutschlehrern "zusätzliche Schwierigkeiten" beim Unterricht bereitet. Ende des letzten Schuljahres (vor den Sommerferien) war es so weit, daß ein neuer Lehrplan zugesagt wurde. Es spricht nicht für die Durchführbarkeit sowjetischer Vorhaben, daß seither überhaupt nichts unternommen wurde und das neue Schuljahr wieder mit dem alten Lehrplan begonnen werden mußte.

Inzwischen hat sich beim Deutsch-Unterricht eine groteske Situation entwickelt. Für die zweite Klasse, in der der Deutsch-Unterricht beginnt, gibt es eine deutsche Fibel und ein deutsches Lesebuch. Da die Fibel die Kinder, die durchwegs nur Dialekt sprechen, weit überfordert, so wird sie das ganze Jahr über als Lehrbuch verwendet. Das hat zur Folge, daß das Lehrbuch für die zweite Klasse in der dritten, das für die dritte in der vierten und so weiter Verwendung findet. Soweit dadurch dem Bestreben des Lehrplans, den Schulkindern Hochdeutsch in Wort und Schrift beizubringen, Nachdruck verliehen wird, wäre gegen diese "Verschiebung" nichts einzuwenden. Aber die deutschen Lehrbücher entsprechen nicht nur dem Alter, sondern auch dem sonstigen Rhythmus im sowjetischen Schulleben mit den "Oktoberkindern", "Pionieren" und sonstigen "Beförderungen", so daß die "Verschiebung" der Schulbücher zur Quelle von Heiterkeit wird. Denn erst die "Pioniere" erfahren etwas in ihrem Schulbuch über die "Oktoberkinder" und Pionier-Lesestoff erhalten sie erst dann, wenn sie schon Komsomolzen werden sollen. Daß sie die Lehrer und die Schulbücher für "doof" halten, liegt auf der Hand.

Dazu kommt noch, daß der Mangel an deutschen Schulbüchern in vielen Gebieten bereits chronisch geworden ist und auch die Zentralstellen in Moskau außerstande zu sein scheinen, diesem Übelstand abzukommen. Auch da gibt es offenbar Leute, die "sich nicht gerade widersetzen, aber nichts tun", weil es sich um eine deutsche Angelegenheit handelt. Theorie und Praxis sind eben trotz aller Propagandasprüche in der Sowjetunion nicht dasselbe.

Führungswechsel in der amerikanischen
Gewerkschaftsinternationale

Von Paul Haupt

Nachdem gegen Ende des vorigen Jahres der Holländer Oldenbroek von dem Posten des Generalsekretärs des "Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften" (IBFG) zurücktrat, ist jetzt die amerikanische Zweigorganisation der Internationale diesem Beispiel gefolgt. Auf dem vor kurzem stattgefundenen Kongress der CRIT- wie die offizielle Kurzbezeichnung dieses Zweiges des IBFG lautet - wurde ebenfalls ein Wechsel in der Leitung des ständigen Generalsekretariates vorgenommen. An die Stelle des bisherigen Generalsekretärs, des Mexikaners Sanchez Madariaga, wurde der Peruaner J a u r e g u i gegen nur eine Stimme als neuer Generalsekretär bestellt.

Der 42-jährige Arturo Jauregui ist sowohl in der panamerikanischen wie in der internationalen Gewerkschaftsbewegung gut bekannt. Er gehörte schon unter der Führung von Madariaga dem Generalsekretariat der CRIT auf gehobenen Posten an. Sein Arbeitsgebiet war das sehr wichtige Ressort "Organisation". Politisch bekannte er sich zu der peruanischen Apristenbewegung und gilt in Peru als einer der treuesten Mitkämpfer von Haya de la Torre, des gegenwärtigen peruanischen Regierungschefs. Bei der nordamerikanischen Gewerkschaftsbewegung besitzt Jauregui trotz seiner lateinamerikanischen Herkunft grosses Vertrauen. Er gehört zu den lateinamerikanischen Gewerkschaftsführern, die zähe am Aufbau einer einheitlichen, sowohl Nord- wie Mittel- und Südamerika umfassenden Gewerkschaftsinternationale arbeiteten und ist Gegner der Versuche, eine besondere antinordamerikanische lateinamerikanische Internationale zu gründen.

Seit dem Jahre 1960 sind diese gegen Washington und die freien nordamerikanischen Gewerkschaften gerichteten Versuche erneut aufgenommen worden. Sie gehen aus von den "gleichgeschalteten" Gewerkschaften Kubas der Diktatur Castros wie von dem amerikanischen Zweig

des kommunistischen "Weltgewerkschaftsbundes". Nachdem im Vorjahre nicht zuletzt durch das Eingreifen des Organisationsleiters der ORIT, eben Jauregui, die kubanischen Versuche scheiterten, einen "Kongress unabhängiger lateinamerikanischer Gewerkschaften" zustande zu bringen, ist in dem uruguayischen Montevideo ein ständiges Komitee gegründet worden, das die Trennung der lateinamerikanischen Gewerkschaften von denen Nordamerikas unter neutraler Flagge betreibt. Mit über 26 Millionen Mitgliedern bildet zwar die ORIT und damit der IBFG die weitaus größte und stärkste gewerkschaftliche Zusammenfassung des amerikanischen Kontinentes, aber noch stehen viele Einzelgewerkschaften in lateinamerikanischen Ländern fern jeden internationalen Zusammenschlusses und Millionen von Arbeitnehmern sind überhaupt noch nicht für die gewerkschaftliche Idee gewonnen.

Jauregui bezeichnete deswegen als die eine Hauptaufgabe seiner Führung des Generalsekretariates die Bildungsarbeit und die Förderung des gewerkschaftlichen Gedankens in den Gegenden, in denen die Gewerkschaftsbewegung noch nicht Fuss gefasst hat. Diese Hauptaufgabe sei jedoch nur zu erfüllen bei gleichzeitiger Bekämpfung der kommunistischen Propaganda auch dort, wo sie unter neutraler Flagge aufträte. Der Kongress billigte ein umfangreiches Bildungs- und Propagandaprogramm des neuen Generalsekretariates und wies als politischen Weg auf eine engere Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft der amerikanischen Staaten und der eben geschaffenen lateinamerikanischen Zweigstelle des Genfer Internationalen Arbeitsamtes hin. Man erwartet von dem neuen, tatkräftigen Generalsekretär sowohl Ausbau und Festigung der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika wie eine engere Zusammenarbeit der ORIT mit den Organen, die eine amerikanische Wirtschaftsgemeinschaft und eine Stärkung der sozialen Gesetzgebung auch im Südteil des Kontinentes anstreben.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel